

# MEMORANDUM 2025

## Mehr Demokratie - Weniger Kapitalmacht!

### KURZFASSUNG

---

#### Inhaltsverzeichnis

1. 50 Jahre Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
  2. Anforderungen an die Bundesregierung
  3. Ökologische und soziale Transformation
  4. Alternative Wirtschaftspolitik in schwierigen Zeiten
- 

#### **1. 50 Jahre Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik**

##### **1.1 Ökonomischer Ausgangspunkt für die Gründung der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik***

Das Jubiläum, also das 50. Jahr seit Gründung der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fällt in eine Zeit der Mehrfachkrisen, der ökonomischen, ökologischen und politischen Umbrüche und großer Verunsicherung. Weltweit reagieren Regierungen, (Kapital-)Eliten wie auch das Wahlvolk darauf mit einem Rechtsruck – mit Nationalis-

mus, Protektionismus, der Aufkündigung solidarischer Hilfsprogramme und sozialer Ausgrenzung. Auch in Deutschland besteht diese Gefahr. Erinnerungen an die Gründung der Arbeitsgruppe werden wach. Diese fiel ebenfalls in eine Phase der Verwerfungen. Nach den „goldenen“ sechziger Jahren zeigte sich die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus sehr deutlich.

Im Herbst 1973 sorgte ein massiver externer Schock für eine weltweite Wirtschaftskrise. In einem Krieg zwischen einigen arabischen Staaten und Israel wurde von den arabischen OPEC-Staaten der Öl-Export als Druckmittel

eingesetzt. Es kam zu Förderkürzungen und Preiserhöhungen gegenüber Staaten, die Israel unterstützten. Nach dem jahrelangen Nachkriegsaufschwung wird die Situation als tiefer Schock wahrgenommen. Aus der heutigen Perspektive betrachtet war es keine besonders schwere Rezession. Die Wirtschaftsleistung ging nur im Jahr 1975, und auch nur um 0,9 Prozent zurück.

In Anbetracht der schweren Krise begannen sich auch die ökonomischen Diskurse zu verschieben. Leitlinie der herrschenden Lehre war bis zu diesem Zeitpunkt eine keynesianisch geprägte Globalsteuerung. Immer mehr Stimmen in den Wirtschaftswissenschaften vollzogen einen Kurswechsel hin zu einer neoklassischen Ausrichtung, die später, eingebettet in eine umfassende politische Ideologie, als neoliberal etikettiert wurde.

Es blieb nicht bei Reaktionen in der Wirtschaftswissenschaft. Auch die Politik begann, wenn auch zunächst noch zögerlich, umzuschwenken. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) prägte die eingängige Formel: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“. Die Mehrung der Profite war damit faktisch zum primären Staatsziel erkoren worden.

## 1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 50 Jahren

Anfang der achtziger Jahre nahm die neoliberale Wende dann richtig Fahrt auf. In der Bundesrepublik regierte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und propagierte eine „geistig moralische Wende“. Er sollte das Land sechzehn Jahre lang mit einem marktradikalen Kurs prägen, auch wenn dieser nicht so konsequent durchgezogen wurde wie in den angelsächsischen Ländern. In Großbritannien wurde Margaret Thatcher Premierministerin. Sie prägte den Begriff TINA: There is no alternative! TINA wurde zur gängigen Kurzformel für eine entsprechende Politik im Interesse des Kapitals. In den USA prägte zu dieser Zeit Ronald Reagan mit seinen Reaganomics den politischen Kurs. Er war am wenigsten einer strengen Austeritätspolitik verpflichtet. Zwar war er propagandistisch stramm auf Linie und trieb sowohl den Ab-

bau der Sozialsysteme als auch die Deregulierung der Wirtschaft voran. Auch Steuererleichterungen gehörten zu seinem Credo. Doch gleichzeitig betrieb er mit kräftiger Aufrüstung eher eine expansionistische Politik, die man auch als Rüstungs-Keynesianismus bezeichnen könnte. Finanziert wurde das Ganze durch Kreditaufnahme.

Die achtziger Jahre waren die Zeit der beginnenden Globalisierung. Die weltweiten Exporte stiegen viel schneller als die weltweite Wirtschaftsleistung. Die Ursachen waren vielfältig: die neue Wirtschaftsordnung mit flexiblen Wechselkursen, die Handelsliberalisierung, der Washington Consensus zwang viele Staaten zur Öffnung für den Weltmarkt, die immer stärker deregulierten Finanzmärkte ermöglichten internationale Spekulationsgeschäfte. Gleichzeitig erleichterten technische Innovationen in EDV und Verkehrswesen den Warenaustausch.

Die neunziger Jahre begannen mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder. Für die weltweite Entwicklung bedeutete dies eine kapitalistische Landnahme. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wurde durch die Strukturprobleme in Ostdeutschland und schwere Fehler im Vereinigungsprozess belastet. Der dadurch verursachte Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft führte in den „Neuen Bundesländern“ u.a. zu einer Arbeitslosenquote von fast 18 % im Jahr 2000.

Die zweite Hälfte der neunziger Jahre war von einem einzigartigen Boom geprägt. Technologische Durchbrüche in der Mikroelektronik und der Telekommunikation revolutionierten die Produktionsweise. Es war die Geburtsstunde des Internets und des Handys als weit verbreitete Technik. Die technologischen Veränderungen trieben die „New Economy“ an. Die Börsenkurse entsprechender Unternehmen gingen durch die Decke, die Märkte waren wie im Fieberschub.

Den abhängig Beschäftigten nutzte dieser Boom wenig. Fast 4 Millionen Menschen waren arbeitslos. Bundeskanzler Schröder (SPD) behauptete, er könne mit einer „Agenda 2010“ die Arbeitslosigkeit senken, indem

er mit neoliberalen Maßnahmen Arbeitnehmerrechte abbaute, einen Niedriglohnsektor schuf und Arbeitslose unter Druck setzte. Das Gegenteil trat ein: die Arbeitslosigkeit sank nicht, aber die Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechterten sich.

Auch der „New Economy-Boom“ hielt nicht an. Im Frühjahr des Jahres 2000 platzte die Dotcom-Blase. Doch sehr schnell setzte vor allem in den USA die Erholung ein. Vor allem die US-Notenbank trieb die Konjunktur mit einer extrem expansiven Geldpolitik. Wenige Jahre danach platzte dann die US-amerikanische Immobilienblase. Die Spekulationsgeschäfte mit Wertpapieren auf der Basis krisenanfälliger Kredite brachen zusammen. Es kam zu einer schweren weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Zeitweise drohten die Weltfinanzmärkte zusammenzubrechen. Banken liehen sich gegenseitig kein Geld mehr. Die Weltwirtschaft stand vor dem Kollaps. Eine Situation, die es seit 1929 nicht mehr gegeben hatte und diesmal nach mancher Einschätzung sogar noch schlimmer war.

Nur durch ein beherztes, international abgestimmtes Eingreifen der Notenbanken, die die Märkte mit Liquidität fluteten, gewaltigen Bankenrettungspaketen (in Deutschland wurden quasi über Nacht 780 Milliarden Euro bereitgestellt) und große Konjunkturprogramme in vielen Ländern konnte der Absturz verhindert werden. Von einer neoliberalen Agenda war in diesen Tagen kaum noch etwas zu spüren. Wenn es ernst wurde, hatte sie keine Lösungen anzubieten. Eine solche Krise war nur möglich, weil lange vorher deregulierte, enthemmte Finanzmärkte frei agieren konnten.

Danach kehrte für ein paar Jahre Ruhe in Form einer längeren Prosperitätsperiode, allerdings mit eher verhaltenen Wachstumsraten, ein. Ab 2020 begann die Zeit der Mehrfachkrisen, die bis heute andauert. Es begann mit der Corona-Pandemie, die das öffentliche und wirtschaftliche Leben lahmlegte. Als die direkten Folgen der Pandemie mit den Impfungen abflauten, fehlten überall Zulieferteile und Material. Die Industrie

konnte nur eingeschränkt produzieren. Dann erfolgten der Angriff Russlands auf die Ukraine und die westlichen Sanktionen gegen Russland. Die Inflation stieg kräftig an. Zeitgleich wurden die Folgen der weltweiten Umweltkrise immer greifbarer. Politisch sind rechtsradikale Kräfte in vielen Ländern auf dem Vormarsch und sorgen für weitere Verunsicherung. Als Folge dieser Mehrfachkrisen verharrt Deutschland in der Stagnation.

Wenn es das erklärte Ziel des Paradigmenwechsels in den siebziger Jahren gewesen sein sollte (was oft so proklamiert wurde), die Wachstumsdynamik vorheriger Dekaden durch Steigerung der Profite wieder zu erreichen, so ist diese Idee gescheitert. Zwar gab es ab 1976 noch ein paar wenige Jahre mit einem Wachstum von deutlich über vier Prozent, doch nach 1990 fand das ein Ende. Der langfristige Wachstumstrend zeigt eindeutig leicht abwärts. Auch Kriseneinbrüche wurden mit der Austeritätspolitik nicht verhindert, sondern vertieft.

### 1.3 Abbild der Ereignisse im Spiegel der MEMORANDEN

Das erste MEMORANDUM erschien 1975 unter dem Titel „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik, Memorandum von Wirtschaftswissenschaftlern“. Der Dreiklang aus einem Ausbau (bzw. mindestens einem Erhalt der sozialen Sicherungssysteme) einschließlich verbesserter Regulierungen vor allem des Arbeitsmarktes, Arbeitszeitverkürzung und einem Ausgaben- und Investitionsprogramm prägte schon das erste MEMORANDUM. Der erste Bereich sollte durch höhere Realeinkommen die abhängig Beschäftigten am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand beteiligen und die Nachfrage stärken. Mit der Arbeitszeitverkürzung sollte neben dem Abbau der Arbeitslosigkeit auch die allgemeine Lebensqualität verbessert und die Gleichstellung der Geschlechter vorangetrieben werden. Diese beiden Forderungen wurden schon seit den ersten MEMORANDEN ausführlich ausbuchstabiert. Der dritte Bereich, das Investitionsprogramm, wurde mit der Zeit zunehmend klarer. Ein großer Schritt dazu war das im MEMORANDUM 84 ausgeführte „Sofortprogramm zur Schaf-

fung von Arbeitsplätzen durch qualitatives Wachstum“. Aus heutiger Sicht fiel der Umfang, damals noch als Gigantonomie verteuelt, noch relativ bescheiden aus. 30 Milliarden DM sollten dafür bereitgestellt werden.

Schon drei Jahre später wurden die Forderungen erheblich erweitert. Die umfangreichen Umweltschäden wurden analysiert, auch ihre erheblichen finanziellen Kosten bewertet und eine konsequente Politik zur Verbesserung der Umweltqualität in das Sofortprogramm aufgenommen. Das Programm hatte schließlich ein Volumen von insgesamt 658 Milliarden DM. Für dieses Programm wurden auch die dazugehörigen Beschäftigungseffekte beziffert. Danach wären mit diesem Programm jährlich fast 700.000 Arbeitsplätze neu entstanden.

Im MEMORANDUM 2001 erfolgte eine grundsätzliche Neujustierung für ein öffentliches Investitionsprogramm. Von einem Sofortprogramm konnte inzwischen keine Rede mehr sein. Ein jahrelanger Kahlschlag bei den öffentlichen Investitionen hatte zu einem dramatischen Verfall der öffentlichen Infrastruktur geführt. Gefordert wurde ein Investitionsprogramm für mehr Beschäftigung im Volumen von zusätzlich 150 Milliarden DM jährlich.

Insgesamt umfasste das Programm im Jahr 2014 jährliche Mehrausgaben von 100 Milliarden Euro. Sie verteilten sich auf die Bereiche Bildung (25 Milliarden Euro), Verkehrsinfrastruktur (10 Milliarden Euro), kommunale Ausgaben (10 Milliarden Euro), Energetische Gebäudesanierung (5 Milliarden Euro), lokale Pflegeinfrastruktur (20 Milliarden Euro) und Arbeitsmarkt (30 Milliarden Euro). Bis heute gehört ein Ausgaben- und Investitionsprogramm notwendigerweise zu den grundlegenden Forderungen alternativer Wirtschaftspolitik.

Ein anderes Thema, welches zwar nicht in allen MEMORANDEN, aber doch relativ häufig in den letzten 50 Jahren bearbeitet werden musste, waren Krisen in strukturprägenden Industriebranchen der deutschen Wirtschaft. Krisen in nicht industriellen

Branchen waren dagegen nicht so stark im Fokus der Arbeitsgruppe. Die Krise des Einzelhandels – obwohl ebenfalls eine beschäftigungsstarke Branche – wurde beispielsweise nicht in einem ähnlichen Umfang bearbeitet wie solche in den großen Industriebranchen.

In den letzten Jahren hat sich die Lage dramatisch verändert. Es geht nicht mehr um einzelne Branchen, sondern der Industriestandort Deutschland steht insgesamt unter Druck. Die Industrie ist gefordert, die ökologische Transformation zu meistern. Das Ganze in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld und mit einem zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck, vor allem durch die wachsende Konkurrenz chinesischer Unternehmen. Von einer langfristig zunehmenden oder zumindest stabilen Nachfrage nach Industrieprodukten in Deutschland oder Europa ist nicht zwangsläufig auszugehen. Das ist eine sehr komplexe und herausfordernde Situation. Im MEMORANDUM 2022 wurde der Stand der Transformation und Voraussetzungen ihres Gelingens auf der Basis von drei großen Branchen, der Chemischen Industrie, der Stahlindustrie und der Automobilindustrie, betrachtet.

Die Umstellung wird nicht als rein technischer, sondern als gesellschaftlicher Prozess gesehen. Dabei komme es auf alle gesellschaftlichen Akteure an. Man könne diese Aufgabe nicht an den Staat delegieren. Das Kapital, die Gewerkschaften zusammen mit den Belegschaften, die Zivilgesellschaft und die lokalen Strukturen vor Ort müssten mitziehen, damit die Transformation funktionieren kann. Der Staat stehe jedoch mit in der Verantwortung. Ohne einen starken Staat, der auch finanziell handlungsfähig ist, geht es nicht.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat in den 50 Jahren ihres Bestehens nicht nur viele Forderungen für öffentliche Ausgaben gestellt, sondern auch immer Vorschläge für eine realistische Finanzierung dieser Maßnahmen gemacht. Eine wichtige Finanzquelle für öffentliche Ausgaben ist die Kreditaufnahme. Zum einen ist sie für eine

antizyklische Konjunkturpolitik in der Rezession notwendig (deficit spending), zum anderen für die Finanzierung öffentlicher Investitionen (Goldene Regel). Diese Möglichkeit wurde in Deutschland 2009 mit der in den Verfassungsrang erhobenen Schuldenbremse eingeschränkt. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hatte dieses Vorhaben schon im MEMORANDUM 2008, fast als einzige kritische Stimme, heftig kritisiert.

Schon in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es diverse Fehlentwicklungen in der Steuergesetzgebung. Einen besonders großen Einschnitt stellte jedoch die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung ab 1999 dar. Im Zentrum stand die Förderung von Gewinn- und Kapitaleinkommen. Das wurde im MEMORANDUM 2000 heftig kritisiert. Begründet wurde diese Politik damit, dass mit den Steuerentlastungen Investitionen der Unternehmen gefördert werden sollten. Es war ein Paradebeispiel dafür, dass die einfache Rechnung „Entlastung der Unternehmen = mehr Unternehmensinvestitionen“ nicht aufgehen muss. In den Jahren danach brachen die Bruttoanlageinvestitionen sogar dramatisch ein. Diese stark neoliberal geprägte Steuerpolitik hat in den Folgejahren die Staatsschulden nach oben getrieben.

Die steuerpolitischen Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* beinhalten dagegen einen gerechteren Einkommensteuertarif (Entlastung unten, Belastung oben), die Einführung (besser Wiedererhebung) einer Vermögensteuer, eine Finanztransaktionsteuer, eine Senkung der Körperschaftsteuer, die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefiskussteuer und die wirksamere Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung.

In 50 Jahren entstand in den diversen MEMORANDEN und SONDERMEMORANDEN ein umfangreiches analytisches Werk mit dezidierten politischen Forderungen. Sie sind natürlich auch ein Spiegel der ökonomi-

schen Entwicklung und der sozialen Kämpfe in diesen Jahren.

#### 1.4 Hat sich die Arbeit gelohnt? Bilanz der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Die aktuelle Debatte um den Industriestandort Deutschland fühlt sich an wie eine Zeitreise: „Die Löhne sind zu hoch“, „Die Bürokratie erstickt alle Aktivitäten“, „Die viel zu hohen Steuern und Sozialabgaben sind unattraktiv“ und „Die Energiepreise hemmen die Produktion in Deutschland“. „Argumente“, mit denen schon in den siebziger Jahren für die neoliberale Wende geworben wurde. War das Engagement der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ein Kampf gegen Windmühlen?

Wenig Veränderungen hat es in den Debatten über die soziale Absicherung gegeben. Die aktuelle politische Diskussion über das Bürgergeld, mit dem sich „Sozialschmarotzer“ ein schönes Leben auf Kosten der Allgemeinheit verschaffen würden, sind nur der zugespitzte Ausdruck davon. Es wird dabei völlig ausgeblendet, dass große Gruppen der Bürgergeldempfänger\*innen beispielsweise Beschäftigte sind, die Aufstocken müssen - oder Alleinerziehende. Auch die Pflege von Angehörigen spielt eine große Rolle. Es sind nur die üblichen Verfechter des Sozialstaats wie die Sozialverbände, die hier für eine andere Entwicklung streiten. Auch bei den zu geringen Renten und den Aufwendungen für die Krankenversicherung drehen sich die Diskussionen lediglich um zu hohe Kosten und Beiträge.

Etwas positiver sieht es auf dem Arbeitsmarkt aus. Der große Bereich von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung, der vor allem in den „Agenda-Jahren“ entstanden war, konnte etwas zurückgedrängt werden. Vor allem die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein großer Fortschritt, der für viele eine Verbesserung ihrer Lebenssituation gebracht hat. Auch der gender pay gap konnte abgebaut und die Frauenerwerbstätigkeit gesteigert werden. Wie ein Blick auf die Lohnquote zeigt, ist die Lohnentwicklung generell gestärkt worden. Auch hier hatte es in den „Agenda-Jahren“ Anfang der 2000er

einen brutalen Absturz gegeben. Seitdem zeigt der Trend aber wieder eindeutig nach oben. Das liegt auch an der wieder offensiveren Politik der Gewerkschaften, dem Mindestlohn und der gestiegenen Beschäftigung.

Fortschritte hat es bei der Frage von öffentlichen Investitionsprogrammen gegeben. In Zeiten, in denen im wahrsten Sinne die Brücken zusammenbrechen, lassen sich die riesigen Investitionsbedarfe auch kaum mehr verleugnen. Viele verlangen inzwischen ein großes Investitionsprogramm. Neben der verrotteten Infrastruktur sind es die enormen Anforderungen an die ökologische Transformation, die gewaltige Anstrengungen notwendig machen. Ein Beispiel für die veränderten Debatten ist die gemeinsame Studie von IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) und IW (Institut der deutschen Wirtschaft), also dem gewerkschaftsnahen und dem unternehmernahen Institut (siehe hierzu Dullien und andere 2024), womit gewissermaßen ein breiter gesellschaftlicher Konsens ausgedrückt wird. Sie ermitteln eine Investitionslücke von 600 Milliarden Euro. Um diese Lücke zu schließen, sollten jedes Jahr zusätzlich 60 Milliarden an öffentlichen Investitionen erfolgen. Das erinnert schon sehr an die Forderungen in den MEMORANDEN.

Die großen Finanzbedarfe für Investitionen haben auch dazu geführt, dass sich die wissenschaftliche Debatte um die Schuldenbremse komplett gedreht hat. Nur noch sehr wenige Ökonom\*innen streiten für die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form. Viele fordern ihre Reform. Sie sehen die Schuldenbremse heute als ein Hindernis für die inzwischen notwendigen Investitionsausgaben des Staates.

Konsequent wäre dabei die Rückkehr zur Regelung von vor 2009: Kreditfinanzierung nur bei öffentlichen Investitionen (auch durch mehrjährige Programme). Dies dient der nachhaltigen Wohlstandssicherung künftiger Generationen. Die Finanzierung wird auf die nutznießenden Generationen aufgeteilt („pay as you use“). Soweit reichen die aktuellen Vorschläge meist nicht. Es werden

stattdessen Reformen innerhalb der Struktur der Schuldenbremse debattiert:

- Verstärkung der Konjunkturkomponente, d.h. schuldenfinanzierter Ausgleich bei krisenbedingten Ausgabenzuwächsen und Steuerausfällen sowie Stärkung der Beschäftigungskomponente.
- Höherer Kreditspielraum: strukturelle Verschuldungskomponente beim Bund von derzeit 0,35% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,5% (2022: 58 Mrd. Euro) (Vorschlag IW Köln; ähnlich IWF).
- Spielraum für Neuverschuldung ohne Erhöhung der Staatsschuldenquote von 60% (Vorschlag von Peter Bofinger): Übertragung der generellen Kreditobergrenze des Bundes mit 1,5% auf die Länder. Rechenbeispiel: Staatsschuldenquote 60%. Bei 2,0 % Inflation und 0,5% realem Wirtschaftswachstum steigt die Staatsschuldenquote mit 60% nicht.
- Deutsche Bundesbank und „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR): Defizitquote abhängig von Staatsschuldenquote (unter 60% gilt 1% Defizitquote, über 60% Defizitquote 0,5%, über 90 % nur noch 0,35% Defizitquote).
- Gekappte Goldene Regel: Höhere Schuldenquote nur abschöpfbar, wenn über 0,15% Nettoinvestitionen am BIP pro Jahr realisiert werden.
- Ergänzung um „außerordentliche Notsituationen“: Belastungen durch Krieg / Programme gegen die Mega-aufgabe Klimakrise werden subsumiert.

Vermehrte Debatten hat es in den letzten Jahren auch um die Frage der Vermögensverteilung und der Vermögensbesteuerung gegeben. Angestoßen wurde die Debatte international vor allem von Thomas Piketty (2014). Zuletzt gab es eine internationale

Initiative aus Brasilien für die Einführung einer internationalen Vermögensteuer für Milliardäre. Gleichwohl ist diese Debatte im deutschen politischen Raum erst in Nischen angekommen.

Bei der Bilanz der Arbeit der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* lohnt sich auch ein Blick auf die Entwicklung des Sachverständigenrats (SVR). Sein Kurswechsel zur neoliberalen Ordnungspolitik ab 1973 war schließlich ein Motiv zur Gründung der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*. Die MEMORANDEN sind auch immer wieder als eine Art Gegengutachten zum SVR gesehen worden. In den ganzen letzten 50 Jahren stand der SVR fast durchgängig für eine harte neoliberale, marktradikale Ausrichtung. In jüngster Zeit hat es jedoch deutliche Veränderungen gegeben. Industrie- und Klimapolitik spielen heute in den Gutachten eine große Rolle. Die Verteilungswirkungen der politischen Forderungen werden offen diskutiert. Im Jahresgutachten 2023/24 fand erstmals eine ausführliche Problematisierung von Armutsgefährdung und Ungleichheit statt. Ordoliberalen Positionen finden sich eher in Minderheitenvoten wieder.

Die Positionsverschiebungen des SVR sind offenkundig. Sie haben sich ein Stück weit den Positionen des MEMORANDUM angenähert, auch wenn die Unterschiede weiterhin sehr deutlich auszumachen sind. Auch dies gehört zur ökonomischen Diskursverschiebung, zu der die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* einen Beitrag geliefert hat.

Natürlich lassen sich nicht alle Erfolge der letzten Jahre – sowohl an konkreten Ereignissen oder auch erst einmal in den jeweiligen Diskursen – der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* zurechnen. Viele wollen Veränderungen in Richtung mehr Gerechtigkeit und mehr Demokratie. Längst nicht alle wurden dabei von den MEMORANDEN inspiriert. Aber das seit 50 Jahren beharrliche Eintreten der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* für eine Politik weg von der rein profitorientierten Wirtschaft hat die gesellschaftliche Entwicklung zweifelsohne positiv beeinflusst.

## 1.5 Stehen wir am Beginn einer neuen ökonomischen Ära?

Die Gründung der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* war eine Reaktion auf die ökonomische Wende in Theorie und Praxis, weg von der keynesianischen, hin zu einer neoklassischen bzw. neoliberalen Welt. Diese Periode währt jetzt schon 50 Jahre. Geht diese Ära jetzt zu Ende? Vieles spricht dafür.

Ein prägendes Merkmal dieser Epoche ist die Globalisierung. Das war die ökonomische Globalisierung durch die Ausweitung des Freihandels, den Abbau von Zöllen, der kapitalistischen Landnahme in Ländern des Globalen Südens und die steigende Macht multinationaler Konzerne. Dagegen formierten sich globalisierungskritische Bewegungen, die auf fairen Welthandel, Klimagerechtigkeit und die Einschränkung von Kapitalmacht setzten. Kleine Erfolge, etwa die weltweiten Klimaabkommen oder das EU-Lieferkettengesetz, konnten sie erkämpfen. Das Zeitalter der Globalisierung, so wie wir sie kennen, neigt sich dem Ende zu. Rein statistisch gesehen wächst seit der Finanzkrise 2008 der Außenhandel nicht mehr stärker als die Wirtschaftsleistung. Zumindest auf der Ebene des Warenaustauschs stagniert die weitere Globalisierung bestenfalls. Doch es geht noch viel weiter. Schon seit der ersten Präsidentschaft von Donald Trump ist statt Freihandel eine nationalistische Abschottung mit Zöllen in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Außenpolitik getreten. Diese Politik wurde von Joe Biden nicht substanziell korrigiert. Mit den Mehrfachkrisen der letzten Jahre haben diese Prozesse massiv an Dynamik gewonnen.

Es geht nicht mehr nur um Zölle, und es geht auch nicht nur um die Energie- und Rohstoffversorgung. Zudem ist die Welt mittlerweile in einen massiven Subventionswettbewerb getreten. China, die USA und die EU kämpfen um die industrielle und technologische Vorherrschaft. Dabei werden riesige Summen eingesetzt. Das widerspricht fundamental den marktradikalen Prinzipien. Natürlich gab es immer schon Subventionen und Einschränkungen des Freihandels. Die reine Lehre wurde selten praktiziert. Doch in die-

sem Umfang und in dieser Konsequenz ist es eine völlig neue Dimension. Dazu kommt, dass viele Länder sich aus einer Welt der Dollar-Dominanz befreien wollen.

Die Globalisierung ist nicht das einzige Feld, auf dem alte neoliberale „Wahrheiten“ auf dem Müllhaufen der Geschichte landen. Das gilt auch für das Verdammnis der Staatsverschuldung. Seit der Finanzkrise 2009 ist die weltweite Verschuldung der Staaten massiv angestiegen. Aus monetaristischer Sicht ist das ein schwerer finanzpolitischer Sündenfall. Es werden keine wirksamen Maßnahmen debattiert, diesen Trend umzudrehen. In Europa werden Schuldenbeschränkungen immer stärker in Frage gestellt, auch wenn die Reform der Maastricht-Regeln durch den Druck einiger Staaten (wie Deutschland) keine nennenswerten Veränderungen brachte.

Auch die Geldpolitik hat sich gewandelt. Zwar zeigt sie derzeit, dass sie gegen Preissteigerungen (auch bei einer importierten Inflation) mit einer restriktiven Geldpolitik hart vorgeht und damit die Konjunktur belastet. Aber das ist nicht das vollständige Bild. Sie versteckt nicht, dass sie mit einer expansiven Politik gegen Deflationsgefahren agiert. Im Fall großer, fundamentaler Krisen wie 2008 ist sie inzwischen bereit, jedes Korsett monetaristischer Denkansätze abzuschütteln und mit allen ihren Mitteln gegen die Krise anzukämpfen.

In den nächsten Jahren erfordert die ökologische Umstellung der gesamten Wirtschaft enorme staatliche Interventionen. Der Markt kann diese Umstellung nicht bewerkstelligen. Er hat kein Sensorium für ökologische Belastungen. Auch halb-marktwirtschaftliche Instrumente wie die Bepreisung von Verschmutzungsrechten reichen dafür nicht aus. In Deutschland erfordert zudem der Wiederaufbau der Infrastruktur enorme Finanzmittel, die dem öffentlichen Sektor zufließen müssen (siehe oben).

Wir leben in einer Übergangsphase. Kann sich die neoliberale Weltordnung noch einmal stabilisieren? Das ist schwer abzuschätzen, auch wenn derzeit offensichtlich alles dagegenspricht. Was sich aber schon erkennen lässt, ist eine Richtung, in die es sich in

Zukunft entwickeln könnte. Der Blick auf die USA, die immer noch die Leitgesellschaft des modernen Kapitalismus sind, liefert da wertvolle Erkenntnisse. Augenfällig ist das Bild eines nationalistischen und staatsinterventionistischen Oligarchenkapitalismus zu erkennen. Die Veränderungen bleiben derzeit noch sehr im Spekulativen, über Details lässt sich noch sehr wenig sagen. Was sich aber klar abzeichnet ist, dass die Überwindung des neoliberalen Weges nicht in eine solidarische und sozialere Gesellschaft der ökonomischen Vernunft führt, die sich nicht nur dem Profit von wenigen verpflichtet fühlt.

## **2. Anforderungen an die Bundesregierung**

### **2.1 Deutschland in der Krise**

Die Mehrfachkrise, die die Gesellschaft seit Jahren gefangen hält, hat die Ökonomie in eine lang andauernde Stagnationskrise geführt. Ähnlich wie in der Gründungszeit der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* befinden wir uns heute in einer Zeit grundlegender Umbrüche. In den letzten beiden Jahren befand sich die deutsche Wirtschaft in einer leichten Rezession mit schrumpfender Wirtschaftsleistung. Viel gravierender ist aber die längerfristige Stagnation. Seit 2019, vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie, hat das reale BIP um lediglich 0,3 Prozent zugelegt. Der kräftige Einbruch des Jahres 2020 konnte zwar relativ schnell ausgeglichen werden, der Wachstumspfad der Vorkrisenjahre konnte aber nicht mehr erreicht werden.

Schon vor der Krise hatte der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) nicht mehr nennenswert zum Wachstum in Deutschland beigetragen. Das alte Wachstumsmodell, vor allem über wachsende Exportüberschüsse die Wirtschaftsleistung zu steigern, funktioniert schon länger nicht mehr. Das hat sich in der Mehrfachkrise nicht geändert, auch wenn es zwischen den einzelnen Jahren große Schwankungen gab. 2024 war der Außenbeitrag mit minus 0,4 Prozentpunkten negativ, er führte damit zu einem Rückgang des BIP. Ein signifikanter Unterschied zur Krise in den siebziger Jahren ist die Entwicklung der Produktivität, hier gemessen als BIP je Er-



werbstätigenstunde. Während diese in der Krise noch zulegen, ist sie seit 2023 rückläufig.

Angst um den Arbeitsplatz geht um. Die Debatten werden geprägt von der Sorge um Deindustrialisierung und schwindender Wettbewerbsfähigkeit. Im auffälligen Widerspruch zu der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung der Industrie verläuft allerdings die Aktienkursentwicklung der großen Dax-Konzerne, die viel Geld verdienen. Der Index erklimmt immer neue Rekordhöhen.

### Wichtige Kennziffern zur ökonomischen Entwicklung in der Mehrfachkrise

Preisbereinigt, Veränderung in Prozent zum Vorjahr, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt	3,7	1,4	-0,3	-0,2
Private Konsumausgaben	2,3	5,6	-0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	-0,2	-1,2	-2,8
Außenbeitrag	0,9	-1,3	0,1	-0,4
BIP je Erwerbstätigenstunde	1,3	0,1	-0,6	-0,1
Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe	8,7	0,6	0,9	-3,0

Quelle: Destatis, Pressemitteilung vom 15.01.2025

© ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK MEMORANDUM 2025

Auch im internationalen Vergleich mit anderen großen Industrienationen verlief die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in der Mehrfachkrise schlecht. In der gesamten EU lag das reale Wirtschaftswachstum seit 2019 bei 5,3 Prozent, in Spanien bei 6,7 Prozent und in Polen bei 13,7 Prozent. Außerhalb Europas war die Entwicklung oft besser. In den USA legte die Wirtschaftsleistung um 11,4 Prozent zu und in China sogar um 25,8 Prozent.

Eine andere große Belastung durch die Mehrfachkrise hat sich inzwischen wieder etwas stabilisiert. Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug in Deutschland im letzten Jahr noch 2,2 Prozent. Das ist nicht mehr weit weg von der Zielinflation der EZB von zwei Pro-

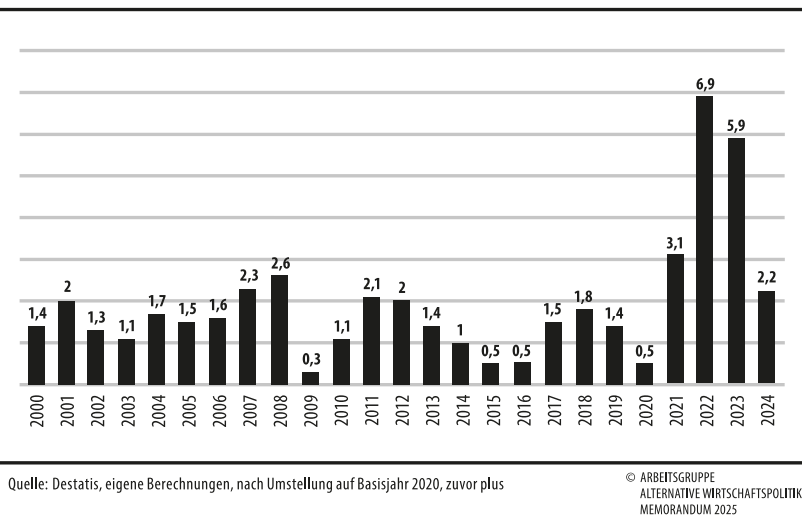
Während gesamtwirtschaftlich von einer längeren Stagnationskrise gesprochen werden kann, sieht die Entwicklung in der Industrie zuletzt deutlich schlechter aus. Die reale Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe schrumpfte 2024 um drei Prozent. Noch viel bedrohlicher für die Zukunft der Industrie ist nicht die Bruttowertschöpfung, sondern sind die rückläufigen Investitionen. Schon seit 2022 gehen die gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen zurück. Besonders dramatisch war dies bei den nicht öffentlichen Ausstattungsinvestitionen (Maschinen und Anlagen). Diese gingen im letzten Jahr um 6,5 Prozent zurück. Eine Industrie, die immer weniger investiert, hat kaum Entwicklungsperspektiven. Zusammen mit fast täglichen Meldungen über Personalabbau und Restrukturierungsmaßnahmen in großen Unternehmen hat dies zu einer großen Verunsicherung geführt. Die

se betrug in Deutschland im letzten Jahr noch 2,2 Prozent. Das ist nicht mehr weit weg von der Zielinflation der EZB von zwei Pro-

se betrug in Deutschland im letzten Jahr noch 2,2 Prozent. Das ist nicht mehr weit weg von der Zielinflation der EZB von zwei Pro-

### Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



zent, die als Preisstabilität definiert wird. In der Spitze, im Jahr 2022, lag die Inflationsrate bei 6,9 Prozent. Seitdem sind die Energiepreise als wichtigster Treiber der Inflation wieder stark gesunken.

Doch der massive Inflationsschub hat zu einem erheblichen Kaufkraftverlust geführt. In der Zeit von 2021 bis 2025 (auf der Basis von Inflationsprognosen) werden die Verbraucherpreise um etwa 22 Prozent angestiegen sein. Da konnten viele Löhne, selbst bei passablen Tarifsteigerungen, nicht mithalten. Es kam zu Reallohn- und damit Kaufkraftverlusten. Die fehlenden Einkommen sind ein Grund für die schwache Entwicklung der privaten Konsumausgaben. Der andere Grund ist die wachsende Verunsicherung über die weitere Entwicklung. Die Sparquote steigt, die Menschen halten ihr Geld zurück. Die Verunsicherung hat viele Gründe: allgemeine Krisen- und Inflationsängste und schwindendes Vertrauen in die Politik. Vielen scheint, diese ist kaum noch in der Lage, die Probleme zu lösen.

<b>Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 2024</b>	
Veränderung zum Vorjahr in Prozent	
Bereich	%
Produzierendes Gewerbe	-0,6
Darunter: Verarbeitendes Gewerbe	-0,9
Baugewerbe	-1,1
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0
Information, Kommunikation	0,4
Unternehmensdienstleister	-0,9
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	1,5

Quelle: Destatis, Pressemitteilung vom 15.01.2025

Die derzeitige Krise ist eine Mischung aus Konjunktur- und Strukturkrise. Für die Überwindung der Konjunkturkrise braucht es mehr Nachfrage. Gerade in Zeiten, in denen die Exportgeschäfte immer schwieriger wer-

den, kommt es umso mehr auf eine steigende, kaufkräftige Binnennachfrage an. Auch wenn

<b>Zahl der Arbeitslosen steigt</b>				
Bestand in Mio.				
	2021	2022	2023	2024
Registrierte Arbeitslose	2,6	2,4	2,6	2,8
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	3,4	3,2	3,5	3,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Januar 2025

© ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK MEMORANDUM 2025

sie die Auslandsnachfrage nicht vollständig ersetzen kann.

Angesichts der Krisenentwicklungen zeigt sich der Arbeitsmarkt derzeit noch relativ robust. 2024 waren in Deutschland 46,1 Millionen Menschen erwerbstätig. Das ist ein absoluter Rekordwert. Die Zahl war in den vergangenen Jahren weiter angestiegen, zum Schluss aber nur noch um 0,2 Prozent. Dieser Anstieg erfolgte ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen. Im Verarbeitenden Gewerbe (-0,9 Prozent) und im Baugewerbe (-1,1 Prozent) ging die Zahl der Erwerbstätigen zurück. Der relativ stabile Arbeitsmarkt ist eine direkte Folge der sinkenden Produktivität. Doch die Arbeitslosenzahlen steigen wieder; gleichzeitig klagen viele Branchen nach wie vor über Fachkräftemangel, obwohl die Zahl der offenen Stellen zurückgeht. Wir haben einen gespaltenen Arbeitsmarkt. In den letzten beiden Jahren stieg insgesamt die Zahl der registrierten Arbeitslosen genauso wie die Zahl der Unterbeschäftigung um 400.000 Personen an.

## 2.2 Elementare ökonomische Herausforderungen

Zum Redaktionsschluss dieses Textes ist noch nicht absehbar, wie die nächste Bundesregierung aussehen wird. Klar ist hingegen, was die möglichen Regierungsparteien in ihren Wahlprogrammen formuliert hatten. Die Herausforderungen, vor de-

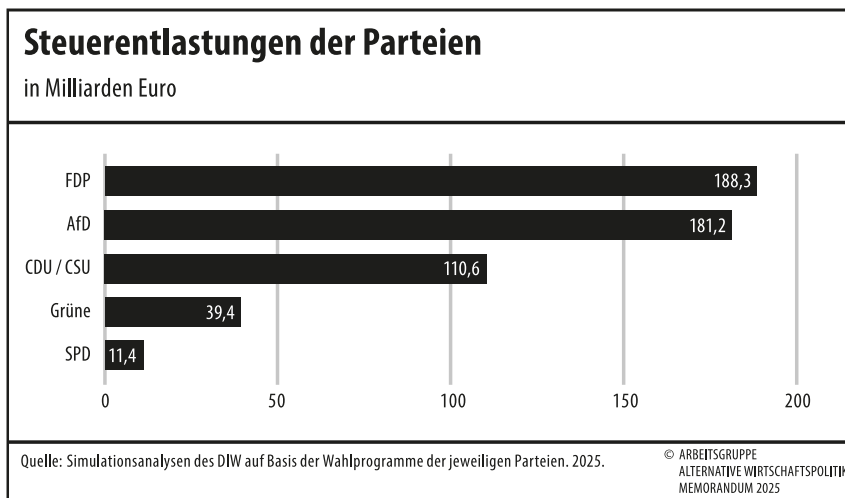
nen die Regierungsparteien stehen werden, sind immens.

Auch wenn der gesamte neoliberale Entwicklungsweg derzeit in der Weltwirtschaft in Frage steht: beim Blick auf die Krise haben einige Parteien in ihren Wahlprogrammen die alten neoliberalen Rezepte runtergebetet. Es müssten vor allem die Steuern gesenkt werden, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähig und damit die Krise überwunden wird. Daneben sollen Bürokratieabbau und Deregulierung dem gleichen Ziel dienen. Vor allem die angestrebten Steuerentlastungen hätten verheerende Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Das DIW hat aufgrund der Wahlprogramme die Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand berechnet, wobei alle Steuern in die Berechnungen eingeflossen sind. Nach den Vorstellungen der FDP und der AfD würden dem Staat Finanzmittel von über 180 Mrd. Euro verloren gehen. Bei der CDU wären es noch 110 Mrd. Euro und selbst bei den Grünen noch fast 40 Mrd. Euro und bei der SPD über

fahrungen aus der Vergangenheit durch die Senkung der Unternehmenssteuern nicht in nennenswertem Umfang gesteigert werden. Die Senkungen der Einkommensteuern könnten im unteren Einkommensbereich dagegen durchaus erhebliche Nachfrageeffekte auslösen. Da FDP, AfD und CDU/CSU aber vor allem hohe Einkommen entlasten wollen, bleiben auch diese Effekte gering. Die wirtschaftliche Stagnation wird mit diesen Maßnahmen nicht wirklich bekämpft werden können. Dafür fehlen erhebliche Mittel für notwendige Ausgaben, um die Wirtschaftskrise und andere gesellschaftliche Herausforderungen zu lösen. Verstärkt wird die Finanznot noch durch das weitere Festhalten an der Schuldenbremse und dem Bekenntnis zu weiterer Aufrüstung, was die zur Verfügung stehenden Finanzmittel weiter begrenzt.

Die Probleme, die eine neue Bundesregierung dringend angehen muss, sind vielfältig:

- Die öffentliche Infrastruktur muss endlich saniert werden. Seit Jahren ist das Problem bekannt und wird auch von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Doch passiert ist in den letzten Jahren nur wenig. Das Problem wird immer drängender. Brücken brechen buchstäblich unter uns zusammen, das gesamte Bahnsystem steht vor dem Kollaps, öffentliche Gebäude verfallen. Dafür werden gigantische Finanzmittel benötigt. Eine leistungsfähige Ökonomie ohne leistungsfähige Infrastruktur ist undenkbar.
- Die ökologische Katastrophe muss aufgehalten werden. Die Kosten, um die Schäden von Extremwetterereignissen zu beseitigen, werden immer weiter steigen - ganz zu schweigen von dem menschlichen Leid, das damit verbunden ist. Eine sichere und günstige Energieversorgung ist langfristig nur mit Erneuerbaren Energien



11 Mrd. Euro. Auch bei den beiden Letztgenannten reichen die Gegenfinanzierungen etwa durch Vermögensteuern nicht aus, um die Steuerentlastungen auszugleichen. Die Wahlprogramme von Linken und BSW wurden vom DIW nicht durchgerechnet.

Es ist nicht realistisch anzunehmen, dass vor allem die enormen Steuermindereinnahmen durch die Programme von FDP, AfD und CDU/CSU sich „selbst finanzieren“. Investitionen und Nachfrage würden nach allen Er-

möglich. Allein mit einer CO<sub>2</sub> -Bepreisung lassen sich die vielfältigen ökologischen Probleme nicht lösen.

- Dem Fachkräftemangel muss auf vielen Ebenen begegnet werden. Heute geben viele Betriebe dieses Defizit als wichtiges Wachstumshemmnis an. Natürlich sind hier auch die Betriebe gefragt. Sie müssen mehr ausbilden. Aber es fehlt auch an Kitaplätzen, um mehr Frauen die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, an besseren Eingliederungsmaßnahmen, um Migrant\*innen schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, an Qualifizierungsmaßnahmen, um Arbeitslose für offene Stellen zu befähigen, und an Umschulungen, um Menschen aus schrumpfenden Bereichen fit zu machen für Tätigkeiten in wachsenden Branchen.
- Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist die Digitalisierung voran zu treiben. Es fehlt an qualifizierten Kräften, an Forschung und an digitaler Infrastruktur. Außerdem gibt es eine große Abhängigkeit von US-amerikanischen Tech-Konzernen und von chinesischen Anbietern. Um diese Defizite aufzuholen, sind hohe Investitionen und Förderungen notwendig.

Daneben gibt es viele Herausforderungen, die nicht unmittelbar die Bekämpfung der akuten ökonomischen Krise betreffen, für die Lebensqualität vieler Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aber von extremer Bedeutung sind. Dazu gehört die Bekämpfung der enormen Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Vor allem die Vermögen sind in Deutschland extrem ungleich verteilt. Nach Schätzungen des DIW besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung über ein Drittel des Nettovermögens. Die reichsten 0,1 Prozent (ca. 40.000 Haushalte) etwa ein Fünftel.

Das betrifft die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Bei den Renten drohen niedrigere Auszahlungssätze und wachsende

Altersarmut auf der einen Seite und wachsende Kosten auf der anderen Seite. Die Pflege steht vor dem Kollaps und ist zum Armutsrisiko geworden. Das Bürgergeld droht von der letzten Sicherungslinie zum Steinbruch für die Finanzierung von Steuergeschenken zu werden. Das Gesundheitssystem leidet unter Ineffizienz und hohen Kosten. Schließlich fehlt es an wirksamen demokratischen Mitwirkungsrechten in der Wirtschaft, wie viele Beschäftigte derzeit in Umstrukturierungen, die oft eigentlich Entlassungswellen sind, bitter erfahren müssen.

Alle diese Herausforderungen lassen sich nicht mit Steuergeschenken oder der „Entfesselung von Marktkräften“ bewältigen. Sie brauchen einen handlungsfähigen, handlungswilligen und finanzkräftigen Staat. Werden sie nicht gelöst, droht dem Wirtschaftsstandort Deutschland tatsächlich der Abstieg. Und dies würde bedeuten: Die Lebensgrundlagen für viele Menschen werden sich zunehmend verschlechtern. Und der allgemeine Frust und die Wut im Land werden weiter zunehmen.

### **3. Ökologische und soziale Transformation**

#### **3.1 Die deutsche Industrie hat Zukunft – wenn sie klimafreundlich wird**

Vor wenigen Jahren war Klimafreundlichkeit noch Top-Thema, auch in der Wirtschaftspolitik. Zwar werden die Folgen des Klimawandels selbst in Europa – zum Beispiel durch verheerende Flutkatastrophen – immer spürbarer, doch politisch hat sich der Wind gedreht. Ob offen oder verdeckt, immer stärker wird in Teilen der Politik und Öffentlichkeit die Umwelt- und Klimapolitik für die aktuellen wirtschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht. Für die gegenwärtige Schwäche des Industriestandorts Deutschland werden nicht nur – wie traditionell üblich – überdurchschnittlich starke Belastungen der Unternehmen durch Arbeitskosten und Unternehmenssteuern zugunsten „sozialer Wohltaten“ verantwortlich gemacht, sondern vielfach auch Faktoren wie hohe Strompreise aufgrund einer „übereilten Energiewende“.

Das Gegenteil ist richtig: Weitere Aufweichungen des Klimaschutzes und die Abschwächung umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen Deutschlands und der EU würden die „Rettung des Industriestandorts Deutschland“ dramatisch gefährden. Stattdessen ist eine radikale Wende erforderlich: Die Industrie in Deutschland hat nur durch konsequente Hinwendung zu klimafreundlichen Produkten und Produktionsverfahren eine erfolgsversprechende Zukunft, und dies funktioniert nur Hand in Hand mit sicheren und guten Arbeitsplätzen. Dabei setzt die sozial-ökologische Transformation voraus, das Ökologische und das Soziale als zwei Seiten derselben Medaille zu begreifen.

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Insgesamt sind die Treibhausgasemissionen hierzulande in den zurückliegenden zehn Jahren erstmals zurückgegangen. Den entscheidenden Anteil daran hat die Energiewirtschaft auf Grund des – nach langen Verzögerungen – beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien. Auch die vorläufigen Daten für 2024 bestätigen, dass der Energiewende über 80 Prozent der Emissionsreduzierungen zu verdanken ist (Agora Energiewende 2025). Von 2021 bis 2023 gab es auch in der Industrie einen gewissen Rückgang, wobei die wirtschaftlichen Mehrfachkrisen der letzten Jahre dabei eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben dürften.

Bei den Forderungen von Umweltverbänden, Gewerkschaften und Industrieverbänden gibt es breite Überschneidungen: so bei Forderungen nach staatlichen Investitionen in den Netzausbau und in die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien, nach der Schaffung einer Wasserstoffinfrastruktur, nach der Förderung neuer Schlüsseltechnologien und staatlichen Anreizen für Investitionen in sich erst mittelfristig rechnende Umwelttechnologien, nach massiven Investitionen in den Schienenverkehr und ÖPNV und nach der Schaffung stabiler EU-weiter Rahmenbedingungen für energieintensive Industrien. Grundlegende Voraussetzung ist eine massive Beschleunigung des Ausbaus der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Dabei ist zu beachten, dass in energieintensiven

Branchen wie der Stahl- und der Chemieindustrie der Strombedarf erheblich ansteigen wird. Und da die Industrie-Transformation sowohl die Produktionsprozesse als auch die Produkte umfassen muss, führt auch die Elektromobilität zu einem erheblich steigenden Strombedarf. Ein weiterer Treiber des Strombedarfs ist Wasserstoff, dessen Einsatz in den energieintensiven Industrien eine Schlüsselrolle spielen wird.

All dies setzt nicht allein erhebliche Investitionen in die dafür erforderliche Infrastruktur voraus, sondern geht in einer Übergangsphase auch mit hohen zusätzlichen Kosten der Unternehmen vor allem in den am stärksten betroffenen Branchen einher. Dies befeuert die Debatte über „Industriestrompreise“ oder „Brückenstrompreise“, die mittlerweile eine zentrale Rolle in den Auseinandersetzungen über industriepolitische Strategien vor allem in Deutschland, aber auch auf EU-Ebene spielt. Noch weiter gehende und komplexere Strategie-Bausteine sind der Grenzausgleichs-Mechanismus (CBAM) auf EU-Ebene gegen ausländische Konkurrenz ohne vergleichbare Klimaschutzauflagen. Dazu kommen die Klimaschutzverträge, deren Umsetzung 2024 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz begonnen wurde. In letzter Instanz steht und fällt die Konsequenz, mit der alle Umbaustrategien verfolgt werden, mit dem verlässlichen Ausbau der erforderlichen Infrastruktur. Besonders augenfällig wird dies bei der Verkehrswende. Es geht um eine Mobilitätswende auf der Basis einer Expansion des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs sowohl in den Städten als auch regional, bundes- und europaweit — dem vielleicht größten Infrastrukturprogramm überhaupt. Die übergreifenden und besonders konflikträchtigen Herausforderungen für die Bewältigung des riesigen Infrastruktur-Ausbaus sind die dafür notwendigen öffentlichen Investitionen und deren Finanzierung.

Zu bedenken ist darüber hinaus, dass der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – z.B. für die Verkehrswende, aber noch mehr für den Bildungssektor, und zwar angefangen bei den KiTas, in denen die Weichen für die qua-

lifizierten Arbeitskräfte von morgen gestellt werden – nicht allein Investitionen voraussetzt, sondern auch wesentlich höhere permanente Personalausgaben nach sich zieht. Dies bedeutet, dass – anders als im vorherrschenden öffentlichen Diskurs – die sozial-ökologische Transformation der Industrie keineswegs ein reines „Industrie-Thema“ ist, sondern ganz wesentlich mit der Entwicklung des (v.a. öffentlichen) Dienstleistungssektors zusammenhängt. Hinzu kommen die Staatsausgaben, die für die soziale Abfederung von mit der Transformation einhergehenden Kosten für viele Privathaushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen nötig sind.

Von großer Bedeutung ist die Forderung nach der Schaffung langfristig verlässlicher regulatorischer Rahmenbedingungen durch EU und Bundesregierung. So heben deutsche Industrieverbände nicht zu Unrecht immer wieder die notwendige „Planungssicherheit“ hervor, die für mittel- bis längerfristige Investitionsentscheidungen erforderlich sei. Allerdings versuchen sie gleichzeitig, in wichtigen Bereichen verbindliche Marktregulierungen zu blockieren, die allein eine solche Planungssicherheit ermöglichen können. Vor allem wird versucht, mit dem „Argument“ der „Technologieoffenheit“ das für 2035 vorgesehene Ende der Zulassung von Verbrennerfahrzeugen in der EU aufzuweichen oder auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die wirtschaftliche Quittung für derartige Verzögerungstaktiken kommt mit der wachsenden E-Auto Konkurrenz aus China.

Nach jahrelangem Lobbydruck gegen eine höhere CO<sub>2</sub>-Bepreisung bzw. eine wirksame CO<sub>2</sub>-Mengensteuerung auf EU-Ebene wird von neoliberaler Seite mittlerweile der Eindruck erweckt, die CO<sub>2</sub>-Bepreisung könnte in allen Bereichen als zentrales Lenkungsinstrument fungieren; der überwiegende Teil der Klimapolitik also über den Markt gesteuert werden. Einen eindrucksvollen Gegenbeweis bietet das zur Bekämpfung des so genannten Ozonlochs eingeführte FCKW-Verbot. Es wurde von etlichen Staaten in den 1990er Jahren gesetzlich verankert und erzwang damit technologische Innovationen der Industrie. Ein anderes Beispiel ist das

erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz mit gesicherter Einspeisevergütung und Vorranginspeisung für Ökostrom oder das Verbrennerverbot ab 2035 auf EU-Ebene. Klar ist: Ohne verbindliche Marktregulierungen sind die Klimaziele von Paris, Brüssel und Berlin nicht zu erreichen. Nicht Markt *statt* Ordnungsrecht, sondern Markt *und* Ordnungsrecht sind notwendig. Parallel bleiben staatliche Infrastrukturinvestitionen und Fördermittel unverzichtbare Instrumente dafür, den Wandel industriepolitisch und sozialverträglich abzusichern.

Regionen mit schärferen Regulierungen können internationale Wettbewerbsnachteile erleiden. Damit gelangt auch das Thema staatlicher Finanzhilfen für unternehmerische Technologie-Innovationen ins Zentrum industriepolitischer Debatten. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Erschütterungen verschiebt sich dabei das Hauptinteresse auf die Frage, wie die deutsche Wirtschaft in der internationalen Konkurrenz gestärkt werden kann. Dabei ist es entscheidend, dass der Kern der Herausforderungen – die klimapolitisch erforderliche sozial-ökologische Transformation der Industrie – nicht aus dem Fokus gerät. Nur vor diesem Hintergrund sind präzise angelegte öffentliche Subventionen möglich und sinnvoll. Zugleich stellt sich die Frage, wo Subventionen unter Umweltsichtspunkten gekürzt werden können und müssen. So lautet eine grundlegende Forderung des Umweltbundesamtes, umweltschädliche Subventionen (die - Stand 2018 - auf ca. 65 Mrd. Euro pro Jahr beziffert werden) sozial flankiert abzubauen.

Die traditionelle Praxis folgt bisher meist dem Muster, Risiken und Kosten zu sozialisieren und spätere Gewinne zu privatisieren. Um das zu verhindern, sind verbindliche ökologische und soziale Bedingungen der Mittelvergabe notwendig. Der Biden'sche Inflation Reduction Act (IRA) in den USA, der Steuererleichterungen bei klimapolitisch wichtigen Investitionen an soziale Bedingungen wie Ausbildung, faire Löhne und Gewerkschaftsrechte knüpft, bietet hier wertvolle Anregungen. Das massive Wachstum z.B.

der Batterieproduktion in den USA zeigt die Erfolge einer solchen Politik.

Industriepolitik und Beschäftigungspolitik müssen miteinander verzahnt werden. Die soziale Bedeutung einer solchen Verzahnung ist offensichtlich, denn die Transformation geht mit Strukturbrüchen auf dem Arbeitsmarkt einher, die je nach Branche, Tätigkeit, Region und Zeitraum sehr unterschiedliche Beschäftigungswirkungen haben. Eine arbeitspolitische Strategie muss alle staatlichen, tariflichen und betrieblichen Instrumente umfassen, mit denen die Sicherheit von Arbeitsplätzen, die Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt und die Qualität von Arbeit beeinflusst werden können, vor allem betrifft dies die Aus- und Weiterbildung.

Angesichts der Spaltung des deutschen Arbeitsmarkts wird mehr soziale Sicherheit in den bevorstehenden Umbrüchen letztlich erst dann ermöglicht werden können, wenn – wie es die Gewerkschaften fordern – alle öffentlichen Aufträge an die Einhaltung von Tarifstandards der jeweiligen Branche geknüpft werden und die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen per Gesetzesreform grundsätzlich erleichtert wird.

All dies muss und kann auf EU-Ebene gefördert werden. So zeigt das zuletzt genannte Beispiel, wie die Mindestlohnrichtlinie der EU, die nationale Aktionspläne zum Erreichen einer Tarifbindung von 80% fordert, angesichts der Blockadepolitik der FDP innerhalb der Ampel-Regierung noch nicht einmal im Ansatz als Rückenwind genutzt wurde (woran sich auch bei einer CDU-geführten Regierung nichts ändern dürfte, selbst wenn die Mindestlohnrichtlinie vom Europäischen Gerichtshof für EU-Recht konform erklärt wird).

Auch in der Klima- und Industriepolitik wurden auf EU-Ebene in den letzten Jahren Gelegenheitsfenster geöffnet, deren akut drohende Schließung verhindert werden muss. Hervorzuheben ist hier das durch die Corona-Krise möglich gewordene, durch Kreditaufnahme der EU im Volumen von bis zu rund 800 Mrd. Euro finanzierte Investitionspro-

gramm „Next Generation EU“ mit dem Schwerpunkt einer „Wiederaufbau- und Resilienz-Fazilität (RRF)“. Hier ist die Mittelvergabe an die Mitgliedsstaaten durch die EU-Kommission an zahlreiche Bedingungen geknüpft; z.B. müssen mindestens 30% der Mittel für Projekte der „Grünen Transformation“ ausgegeben werden. Während mit der starken Rechtsentwicklung sowohl in zahlreichen Mitgliedsländern als auch in Europaparlament und EU-Kommission ein Ende dieses Programms nach seinem Auslaufen 2026 droht, fordern die Gewerkschaften seine Fortsetzung, bei der jedoch die Einhaltung sozialer Standards und die Einbeziehung der Gewerkschaften verpflichtend gemacht werden müsse.

Auch im Draghi-Bericht, der eine breit angelegte industriepolitische Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit entwickelt, wird zur Finanzierung – unter Verweis auf das Next-Generation-EU-Programm – die Verstetigung gemeinsamer Staatsanleihen auf EU-Ebene vorgeschlagen. Da dies jedoch implizit für politisch nicht durchsetzbar gehalten (oder vielleicht auch nicht gewünscht) wird, liegt der Schwerpunkt auf der Mobilisierung direkter Finanzierung durch privates Kapital. Am Draghi-Bericht wird zugleich deutlich, dass bei der Renaissance der Industriepolitik auf EU-Ebene immer noch deutlich stärker als z.B. in der deutschen Öffentlichkeit die Themen Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung als eng miteinander verknüpft betrachtet werden. Wie lange dies noch angesichts der Rechtsentwicklung aufrechterhalten wird, sei dahingestellt. Umso mehr gilt es in den kommenden Jahren zu verhindern, dass derartige – noch einen Spalt breit geöffneten – Gelegenheitsfenster unter dem Druck rechter Regierungen und insbesondere einer CDU-geführten Bundesregierung geschlossen werden. Wenn jetzt diskutiert wird, länderspezifische Ausnahmen von den Verschuldungsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts für Rüstungsausgaben zuzulassen, dann demonstriert dies die dramatische Verschiebung der politischen Gewichte. Für jede alternative Wirtschaftspolitik auf deutscher ebenso wie auf EU-Ebene gilt, dass

alles einem Grundsatz unterzuordnen ist: Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die wichtigste Voraussetzung für deren Revitalisierung.

### 3.2 Ökologischer Umbau ist mehr als industrielle Transformation

Eine Zukunft, in der es Energie risikofreier, generationengerecht, versorgungssicher, bezahlbar und nahezu vollständig CO<sub>2</sub>-frei für alle gibt, ist möglich. Davon profitieren Haushalte, und auch für die Industrie wird die ausreichende Verfügbarkeit erneuerbarer Energien zu einem positiven Wirtschaftsfaktor. Wenn die Energiewende allerdings scheitert, droht Deutschland seine Rolle als eine der führenden Industrienationen zu verlieren. Denn Produktionsstätten werden dorthin gehen, wo die Energie krisensicher, klimafreundlich und kostengünstig ist.

Doch der Prozess der Transformation des Energiesystems zur Klimaneutralität wird durch hartnäckige Mythen aufgehalten. Ein besonders kontraproduktiver Mythos besagt zum Beispiel, dass für Versorgungssicherheit das Stromangebot durch große zentrale Kraftwerke bereitgestellt werden muss. Nationale wie weltweite Analysen zeigen das Gegenteil. In zahlreichen Kommunen und Regionen ist ein hoher Anteil stark dezentralisierter Energieversorgung längst etablierte Praxis. Entscheidend dafür ist der Ausbau erneuerbarer Energien, die intelligente informationstechnische Verknüpfung der Erzeugungspunkte sowie die Bereitstellung von Flexibilitätsoptionen wie Speicher und Lastmanagement. Auch der Ausbau der Bürgerenergie vor Ort kann zur Stärkung der Akzeptanz, zur örtlichen Versorgungssicherheit, zur Finanzierung und zum beschleunigten Kapazitätsausbau erheblich beitragen. Es zeigt sich beispielsweise, dass der sehr starke Anstieg des jährlichen Zubaus von Photovoltaik in den vergangenen Jahren zu einem Ausbauniveau geführt hat, das in den nächsten Jahren nur noch moderat erhöht und dann gehalten werden müsste, um die erforderliche installierte Photovoltaik-Leistung des Jahres 2030 in allen relevanten Szenarien erreichen zu können. Demnach liegt die erforderliche

Photovoltaik-Leistung in 2030 bei etwa 215 Gigawatt, um in Einklang mit dem Ausbauziel nach Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG 2023, zu stehen. So belegt der für 2024 vermutete Zubau, der nahezu einer Verdreifachung des Zubaus im Jahr 2021 und einer Verdoppelung gegenüber 2022 entspricht, dass einerseits die Wirtschaftlichkeit der Photovoltaik stark zugenommen hat und die eingeleiteten Lenkungsmaßnahmen die erhoffte Wirkung entfalten.

Die erzielten Erfolge und die inzwischen erreichte Wirtschaftlichkeit bei erneuerbaren Energien lassen darauf hoffen, dass die Dekarbonisierung der Wirtschaft auch bei massivem politischem Gegenwind weiter voranschreitet. Allerdings gibt es dabei zwei Probleme: Zum einen dürfte sich das Ausbautempo dabei merklich verlangsamen. Zum anderen stellt sich die Frage der Finanzierung. In konservativen Kreisen und auch bei der Draghi-Studie für eine Investitionsoffensive in der EU wird von einem vermehrten Einsatz von privatem Kapital für den ökologischen Umbau ausgegangen. Das würde die Kosten dramatisch erhöhen und damit die Verteilungskämpfe massiv verschärfen. In einer Studie vom Januar 2025 haben Kaczmarczyk/Krebs das für den deutschen Stromnetzausbau untersucht. Bei einer öffentlichen Finanzierung müssen die Stromtarife um 34 Prozent steigen, um den Netzausbau finanzieren zu können. Wird der zusätzliche Kapitalbedarf durch private Finanzinvestoren gedeckt, müssten die Strompreise um 60 Prozent steigen. Der Unterschied entsteht durch die privaten Renditeerwartungen, die von den Verbraucher\*innen (einschließlich Unternehmen) über den Strompreis getragen werden müssen.

Die erzielten ökologischen Erfolge beim Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland - gemessen am gesamten ökologischen Fußabdruck - deutlich über seine Verhältnisse lebt. Nach wie vor überwiegen nicht nachhaltige Produktions- und Konsumweisen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* teilt deswegen den Ansatz



des Projektes „Earth for All Deutschland“, das vom Club of Rome und dem Wuppertal Institut getragen wird. Danach braucht es einen Systemwandel, der durch globale Politikwechsel in fünf Themenschwerpunkten und entsprechende politische Maßnahmen erreicht werden soll:

- Kampf gegen die Armut
- Verringerung der Ungleichheit
- Gleicher Zugang zu natürlichen Ressourcen
- Ökologisch verträglichere Ernährung
- Versorgung mit erneuerbaren Energien

In einer Simulationsrechnung zeigt „Earth for All Deutschland“, dass die gemeinsame Umsetzung aller Politikwechsel nicht zu immer größeren Schwierigkeiten führen, sondern dass sich diese Wendungen gegenseitig ergänzen und positive Synergien erzeugen:

- Die Energiewende trägt mit dem Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger direkt zur Einhaltung der planetaren Grenzen, zur Ressourcenschonung und damit zur Ressourcengewende bei. Energieeffizienz, Energiesuffizienz und die Verhinderung von Rebound-Effekten sind Kernstrategien, um die knappen Rohstoffe, die für den enormen Zuwachs von Anlagen mit erneuerbaren Energien weltweit in großem Umfang gebraucht werden, zu schonen.
- Umgekehrt reduziert ein sparsamer Einsatz von Primärressourcen den Energieaufwand. Aluminium oder Kupfer sind zum Beispiel als Rezyklate weit weniger energieintensiv herstellbar als durch die Gewinnung aus Erzen. Ähnliches gilt auch für die Herstellung von Glas. Daher sind Strategien einer zirkulären Wirtschaft auch ein entscheidender Beitrag dafür, ambitionierten Klimaschutz leichter, wirtschaftlicher und schneller zu erreichen.

- Die Ungleichheitswende entfaltet in vielerlei Hinsicht große Synergieeffekte: Viele Reiche und Superreiche schaden mit ihren Konsummustern in einem Ausmaß der Umwelt, dass inzwischen alle darunter leiden. Überreichtum im Interesse des Gemeinwohls durch progressive Besteuerung abzuschöpfen, ist daher verursachergerecht und auch mit dem Grundgesetz verein- und begründbar, weil in diesen Fällen Eigentum nicht zum Wohle, sondern zum erheblichen Schaden aller verwendet wird.
- Nachhaltigeres Wirtschaften ist eine Ökonomie, die nicht einigen Wenigen einen privilegierten Zugang zu natürlichen Ressourcen (Gemeingüter/Allmende) ermöglicht, sondern sicherstellt, dass alle daran teilhaben können. So kann bestehende Armut minimiert werden und langfristig keine neue Armut entstehen. Das gilt auch im Sinne der relativen Armutsdefinition in reichen Industrieländern wie Deutschland. Die Einnahmen aus der Ungleichheitskehrwende eröffnen zudem neue Finanzierungspielräume zur strukturellen Armutsbekämpfung.
- Eine Ernährungswende kann zur Schonung der natürlichen Ressourcen direkt und signifikant beitragen. Pflanzliche statt tierischer Produkte können sehr viel ressourceneffizienter und klimaschonender produziert werden. Die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) sind gute Orientierungspunkte, um Maß zu halten – für mehr Klimaschutz aber auch für ein gesünderes Leben. Die Artenvielfalt und der Klimaschutz werden durch eine regenerative Landwirtschaft unterstützt.

## 4. Alternative Wirtschaftspolitik in schwierigen Zeiten

### 4.1 Forderungen der Arbeitsgruppe sind weiter aktuell

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat frühzeitig sozial-ökonomische und ökologische Krisenthemen aufgegriffen und Vorschläge zur Lösung unterbreitet. Oftmals wurden diese erst nach Jahren unter dem Druck der Krise gesellschaftsfähig. In der 50-jährigen Geschichte wurden Maßnahmen entwickelt und immer wieder den neuen Herausforderungen angepasst. Es ist gleichermaßen erstaunlich und erschreckend, wie aktuell viele Forderungen heute noch sind. Wichtige Elemente, die sich durch die ganze Geschichte der MEMORANDEN ziehen, sind:

- *Staatliche Investitionsprogramme* zur Stärkung nachhaltiger und sozial verantwortlicher Entwicklung, anfangs mit einem Volumen von 30 Mrd. DM; zuletzt 120 Mrd. Euro jährlich für Infrastruktur, Klima und Transformation.
- Seit dem Start der MEMORANDEN die Forderung nach einer Nutzung der staatlichen Kreditfinanzierung für öffentliche Investitionen und damit von Anfang an Kritik an der Schuldenbremse, die ab 2007 durch die Föderalismuskommission II vorangetrieben wurde und seit 2009 Gesetz ist.
- Gesamtkonzept einer *sozial gerechten, ökologisch verantwortlichen Steuerpolitik* mit dem Schwerpunkt einer Vermögensteuer sowie einer angemessenen Erbschaft- und Schenkungsteuer.
- *Bekämpfung der Armut* vor allem infolge von Arbeitslosigkeit / prekärer Arbeitsverhältnisse sowie die Forderung nach einem grundlegenden sozialen Sicherungssystem.
- Seit Beginn der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* Vorschläge zu einer *Rentenreform* gegen Armut im Alter.
- Vorschläge zum Abbau der Defizite im *Gesundheits- und Pflegebereich*.
- Aufbau eines „*Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS)*“.
- *Stärkung des Tarifvertragssystems* zugunsten guter Arbeit der abhängig Beschäftigten (hohe Löhne und humane Arbeitsbedingungen).
- Mit umfangreichen Analysen von Anfang an der Spitze der Bewegung für *Verkürzung vor allem der Wochenarbeitszeit* (insbesondere ab 1984).
- Einführung von *existenzsichernden Mindestlöhnen* auf der Basis einer fundamentalen Kritik des neoklassischen Arbeitsmarktmodells (Nachfrage nach Arbeit abhängig von der Höhe der Löhne).
- Für geschlechtergerechte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit.
- Begründete Forderung nach Ausbau der *Mitbestimmung* und umfassender *Demokratisierung* der Wirtschaft.
- Kritik der praktizierten Politik der *deutschen Einigung* und Vorschläge zum Ausbau „*einheitlicher Lebensverhältnisse*“ (mit Unterstützung der Teilgruppe ostdeutscher Wissenschaftler\*innen).
- Kritik der neoklassischen Strategie der *Globalisierung* auf der Basis eines Konzepts sozial-ökologisch regulierter Weltmärkte und Produktionsstätten in aller Welt.
- Offenlegung der Ursachen der *Finanzmarktkrise 2008/09* und Konzepte zur weltweiten Regulierung (u.a. Einführung der Transaktionsteuer).
- Kritik der *monetaristischen Geldpolitik* mit dem Ziel, eine koordinierte Geld- und Finanzpolitik durchzusetzen.
- Immer wieder Beiträge zur *Kritik* an der wirtschaftswissenschaftlich vorherrschenden Theorie des *marktfundamentalistischen Kapitalismus*.

## 4.2 Für ein gerechtes und aufkommenstarkes Steuersystem

Aus der Sicht der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* gibt es für das Steuersystem vier grundsätzliche Anforderungen:

- *Erstens* muss das Steuersystem grundsätzlich die Finanzierbarkeit staatlicher Aufgaben sichern.
- *Zweitens* stellt sich die Aufgabe, endlich die gesamte Steuerlast sozial gerecht zu verteilen. Im Mittelpunkt steht bei der Lastverteilung das Prinzip Leistungsfähigkeit („ability to pay“). Je höher die Einkommen und je höher das Vermögen, umso höher ist die wirtschaftliche Leistungskraft als Basis der Besteuerung.
- *Drittens* muss das System der Steuereinnahmen viel stärker auf das ökologische Ziel der Rettung des Klimas ausgerichtet werden. Dazu gehören die Abgaben auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, die zum Ausstieg aus der fossilen Produktionsweise anreizen sollen. Wenn nicht gezielt gegengesteuert werden sollte, sind vor allem wegen steigender Energiepreise die Belastungen für niedrige und mittlere Einkommensbezieher hoch. Deshalb muss mit einem sozialen Ausgleich über ein Klimageld Entlastung gesichert werden.
- *Viertens*: Das Versprechen einer Selbstfinanzierung von Steuersenkungen vor allem für die Unternehmenswirtschaft durch erhöhte Steuereinnahmen infolge steigender Unternehmensinvestitionen funktioniert nicht. Erfahrungen aus früheren Phasen der Unternehmenssteuersenkungen bestätigen dies: Dieses „Konzept“ ist untauglich.

Für die einzelnen Steuerarten ergeben sich daraus folgende Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*:

*Einkommensteuer*: Reform des Einkommensteuertarifs in Anlehnung an den DGB-Vorschlag (Zahlenangaben für Grundtabelle): steuerfreier Grundfreibetrag auf 14 500 Euro

(derzeit 12.084 Euro) erhöhen, Linear progressiv von 22 Prozent bis zum bei 85.000 Euro Einkommen einsetzenden Spitzensteuersatz von 49 Prozent ansteigender Steuertarif, die Reichensteuer beginnt mit 52 Prozent ab 135.000 Euro (derzeit ab 277.826 Euro mit 45 Prozent). Abschaffung des 2009 eingeführten Privilegs der Abgeltungsteuer mit 25 Prozent auf Kapitaleinkünfte und stattdessen volle Integration in den Einkommensteuertarif. Zügiger Abbau der Vorteile aus dem derzeitigen Ehegattensplitting. Die Mehreinnahmen sollten zum Ausbau von Leistungen für Familien eingesetzt werden.

*Unternehmensbesteuerung*: Die Körperschaftsteuer auf einbehaltene Gewinne von juristischen Personen (Kapitalgesellschaften, Vereine und Stiftungen etc.), die seit 1990 immer wieder reduziert und seit 2009 bei 15 Prozent festgeschrieben wurde, wird auf 25 Prozent erhöht. Auch sollte im Zuge Reform der Unternehmensbesteuerung eine effektive Besteuerung durch den Abbau nicht zu rechtfertigender Steuerprivilegien erfolgen.

*Mehrwertsteuer*: Derzeit gelten offiziell zwei Steuersätze: 19 Prozent als Regelsatz und der ermäßigte Steuersatz mit 7 Prozent auf den Großteil der Lebensmittel, aber auch Bücher und vieles mehr. Ärztliche Dienstleistungen oder Mieten unterliegen nicht der Mehrwertsteuer. Die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes soll künftig strikt auf Waren und Dienstleistungen für die Grundbedürfnisse konzentriert werden.

*Besteuerung von Vermögen*: Im internationalen Vergleich ist die Besteuerung von Vermögen in Deutschland auffällig niedrig. Dabei ist Deutschland durch eine hohe, seit Jahren steigende Vermögenskonzentration gekennzeichnet: Nach Angaben aus dem Jahr 2023 verfügten die obersten zehn Prozent der Personen in Deutschland über 63 Prozent des Gesamtvermögens, die unteren 50 Prozent dagegen nur über 2,9 Prozent. Gegenüber dieser Konzentration auf die Topvermögen ist deren Steuerbelastung extrem gering. Ursachen unzureichender Besteuerung sind eine löchrige Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie die seit 1997 ausgesetzte Ver-

mögensteuer. Dabei wird die Vermögenskonzentration in wenigen Händen durch den leistungslosen Zuwachs des Vermögens im Zuge des Erbens vorangetrieben. Zwei Stell-schrauben sind wichtig: Das Vermögen muss ebenso wie der Wechsel von Vermögen durch Erbschaften besteuert werden.

**Erbschaft- und Schenkungsteuer:** Die durch die Schenkungsteuer ergänzte Erbschaftsteuer hat mit knapp 8 Mrd. Euro in den letzten drei Jahren deutlich weniger als auf der Basis der vollzogenen Erb- und Schenkungsanlässe zu erwarten war, eingebracht. Ursachen sind die je nach Familiennähe der Erwerber nach drei Steuerklassen differenzierten, vergleichsweise hohen Freibeträge sowie die beim Vererben von Betriebsvermögen vorgesehenen „Verschonungsregeln“. Schwerpunkte einer dringend erforderlichen Reform sind reduzierte Freibeträge und höhere Steuersätze. Die wichtigste Maßnahme ist die grundsätzliche Ablösung der steuerlichen „Verschonung“ des vererbten Betriebsvermögens.

**Vermögensteuer:** Eine wichtige Voraussetzung für die Wiederbelebung der verfassungskonformen Vermögensteuer ist erfüllt worden. Durch die Reform der Grundsteuer werden mittlerweile Immobilien – wie seit Jahren in den MEMORANDEN gefordert - nicht mehr zu den zuvor unreal niedrigen Einheitswerten, sondern marktnah bewertet. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert eine Steuer auf große Vermögen oberhalb eines Grundfreibetrags von 1 Mio. Euro an Nettovermögen. Der Steuertarif soll progressiv wirken. Bis zum Vermögen von 20 Mio. Euro steigt der Steuersatz von 1 Prozent bis auf 1,5 Prozent. Ab 100 Mio. Euro erhöht sich dieser auf 1,75 Prozent.

**Klimageld:** Aus der Deutschen CO<sub>2</sub>-Abgabe und dem europäischen Emissionshandelssystem werden hohe Einnahmen erzielt. Diese Emissionsabgaben belasten jedoch insbesondere die armen Haushalte. Deshalb muss endlich das durch die Vorgängerregierung angekündigte Klimageld als soziale Kompensation dieser ökologisch erforderlichen Mehrbelastung durchgesetzt werden.

**Finanztransaktionssteuer:** Der gesamte börsenbezogene und außerbörsliche Handel mit Wertpapieren und darauf basierenden Finanzderivaten wird mit 0,1% des Marktwerts besteuert. Wegen der hohen Handelsvolumina schlagen auch kleine prozentuale Steuern stark zu Gewicht. Die Ergiebigkeit der Maßnahme ist also zweifelsohne groß.

**Umbau der Gewerbesteuer zur kommunalen Wertschöpfungsteuer:** Mit der kommunalen Wertschöpfungsteuer sollen nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern alle Unternehmen und Freiberufler in die Finanzierung der Ausgaben ihrer Kommunen einbezogen werden.

**Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Verlagerung in Steueroasen:** Um eine sozial gerechte Besteuerung ernsthaft zu realisieren, müssen nationale und internationale Steuerschlupflöcher geschlossen und Instrumente gegen die Steuerhinterziehung eingesetzt werden. Dazu gehört auch der Einsatz für eine Mindestbesteuerung von Unternehmen. Für die kontrollierte Implementierung eines gerechten Steuersystems müssen die deutschen Finanzbehörden personell und technisch gestärkt werden.

#### 4.3 Die industrielle Transformation vorantreiben

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* unterstützt die Forderung von IMK und IW nach der Einrichtung eines „Sondervermögen Klimanotstand und Transformation“ über zehn Jahre mit einem Gesamtvolumen von 600 Mrd. Euro. Diese Forderung bezieht sich allerdings ausschließlich auf direkte öffentliche Ausgaben für Infrastruktur und Dekarbonisierung. Die positiven Effekte eines solchen Programms wären enorm. Es würden nicht nur die marode Infrastruktur saniert und der ökologische Umbau vorangetrieben, sondern auch positive gesamtwirtschaftliche Effekt generiert. Nach einer Studie des IMK vom Februar 2025 würde das BIP um drei bis sechs Prozent über seinem Niveau ohne Investitionsprogramm liegen. Auch die daniederliegenden Unternehmensinvestitionen würden in erheblichem Umfang angeregt. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine

Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Januar 2025. Eine Investitionsoffensive ist die wichtigste Maßnahme, um Deutschland aus der Stagnationskrise zu führen.

Realistischerweise wird aber ein viel größeres, umfassenderes Programm benötigt. Für den Ausbau der Netzinfrastruktur bei den Stromnetzen ergibt sich bis 2045 ein Bedarf von 651 Mrd. Euro. Da die Netze sich in der Hand privater Unternehmen befinden, sind diese Bedarfe in dem Programm von IMK und IW nicht enthalten.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sieht noch weitere Bedarfe, etwa in der Bildung oder der Pflegeinfrastruktur, die auch notwendige Personalausgaben enthalten. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert deshalb ein Ausgaben- und Investitionsprogramm von 120 Mrd. Euro jährlich zusätzlich. Darüber hinaus unterstützt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* die Einrichtung eines Transformationsfonds, der den Unternehmen beim Umbau zusätzlich unter die Arme greift. Ein detaillierter Vorschlag dazu wurde vom IMK und der IG BCE entwickelt. Diese Mittel werden allerdings nicht als Geschenke verteilt, sondern der Fonds erhält dafür Anteile an den Unternehmen und nimmt auch direkt auf die Geschäftspolitik Einfluss, damit die vorgesehenen Ziele im Interesse der Beschäftigten und der Allgemeinheit umgesetzt werden.

#### 4.4 Krise des Sozialstaats überwinden

Der Sozialstaat steht unter Druck. Gerade in Zeiten mit gravierenden Umbrüchen sind die Menschen auf die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme angewiesen. Eine Erosion der Sicherungssysteme ist deshalb nicht hinzunehmen. Im Gegenteil, sie müssen ausgeweitet werden. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat in den MEMORANDEN dazu eine Vielzahl an Vorschlägen und Forderungen vorgelegt. Hier sollen nur zwei Bereiche angerissen werden, die in der Langfassung zum MEMORANDUM 2025 näher ausgeführt sind:

Eine umfassende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung muss beide Prinzipien der gesetzlichen Rentenversicherung adressieren: das Äquivalenzprinzip und das Solidarprinzip des sozialen Ausgleichs. Sie muss glaubhaft darstellen können, wie die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden können, damit diese auch in Zeiten des demographischen Wandels finanziert werden können. Dazu zählt insbesondere:

- Die Stabilisierung des Rentenniveaus auf mindestens 48 Prozent und dessen schrittweise spätere Anhebung.
- Die Stärkung der Grundsicherung im Alter sowie der Verzicht auf Einkommensanrechnung bei der Grundrente.
- Die Einführung einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Berufsgruppen einbezogen werden.
- Höhere Bundeszuschüsse, die mindestens die Kosten für die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, die von den Rentenversicherungsträgern getragen werden, abdecken.
- Der Fortbestand der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren (sogenannte „Rente mit 63“) und keine Erhöhung des Renteneintrittsalters, stattdessen gesicherte und flexible Altersübergänge.
- Solidarausgleich bei beitragsfreien Zeiten wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung.

Seit Jahren verharrt das System der Langzeitpflege in einer tiefgreifenden Krise. Mit der demographischen Entwicklung wird sich diese Fehlentwicklung dramatisch verschärfen. Die Verweigerung grundlegender Reformen führt dazu, dass Deutschland gegenüber vergleichbar hochentwickelten Ländern immer mehr ins Hintertreffen gerät. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert eine am Bedarf ausgerichtete Finanzierung, Infrastrukturplanung und Steuerung

bei der Pflege, die Defizite bei der Versorgungsqualität und Personalengpässe beseitigt. Wichtig ist auch eine Aufwertung des Pflegeberufs. Für die meisten Menschen sind die kräftig steigenden Zuzahlungen nicht und schon gar nicht auf Dauer aufzubringen. Pflege schafft immer mehr Armutsprobleme. Die Eigenanteile in der stationären Pflege müssen dringend begrenzt werden.

#### 4.5 Demokratisierung gegen Oligarchenherrschaft

Es ist zu befürchten, dass die Bundesregierung die aktuellen Herausforderungen nicht angeht und mit untauglichen marktfundamentalistischen, neoliberalen Rezepten weiter herumdoktert. Das wäre keine Antwort auf die Mehrfachkrise. Deutschland würde den Weg aus der Stagnation nicht finden und die Umweltkrise schritte ungebremst weiter voran. Es kann sogar noch schlimmer kommen. Katastrophal wäre es, wenn die Bundesregierung sich stärker an den Rezepten der Trump-Regierung orientieren würde und auch hierzulande den Weg zu einem räuberischen Oligarchenkapitalismus einschlagen würde.

Unmittelbar nach Amtsübernahme am 20. Januar 2025 erließ Donald Trump mehr Dekrete als jeder seiner Vorgänger. Sie reichen vom Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Aufkündigung des Pariser Klimaschutzabkommens über die Anordnung, in Alaska verstärkt Öl- und Gasbohrungen vorzunehmen, bis zur Auflösung ganzer Behörden wie der Behörde für Internationale Entwicklung USAID, die im Jahr 2023 rund 50 Mrd. US-Dollar für Hilfsprojekte gegen Hunger, Armut und Krankheiten in etwa 120 Ländern einsetzte. Der Tech-Milliardär Elon Musk, ein enger Verbündeter Trumps, erhielt ein neu gegründetes, dem Weißen Haus direkt unterstelltes „Department of Government Efficiency“ (DOGE) mit dem Auftrag, die staatliche Bürokratie massiv zu verkleinern und Staatsausgaben zu senken. Das Kernanliegen besteht darin, den Kapitalismus seiner rechtlichen, sozialen und ökologischen Bindungen zu entledigen und

die weltweite Macht der USA dafür zu nutzen, dass sich möglichst viele Staaten dem imperialen Diktat unterwerfen.

Das kann und darf nicht die Perspektive sein. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* setzt auf einen anderen Weg. Statt einiger weniger reicher Oligarchen muss die breite Gesellschaft ihre Macht zum Tragen bringen. Der politische Weg muss die Versteigerung einer Bewegung werden, wie sie schon vor der Bundestagswahl fast täglich überall im Land auf den Straßen zu beobachten war. Auch als politisches Programm muss mehr Demokratie an erster Stelle stehen. Ökonomisch braucht es dafür neben Investitionsprogrammen, gerechter Steuerpolitik und leistungsfähigen Sozialsystemen auch eine Demokratisierung der Wirtschaft. Ein erster Schritt könnte eine Ausweitung der Mitbestimmung sein: Grundlegende Entscheidungen im Aufsichtsrat brauchen eine Zweidrittelmehrheit, damit nicht mit dem Doppelstimmrecht von Unternehmerseite dekretiert werden kann. Im Transformationsprozess und in den unzähligen Restrukturierungsprozessen in den Unternehmen hätten dann auch diejenigen, die es am meisten betrifft, die Belegschaften, endlich die Möglichkeit, ihre Interessen durchzusetzen.

International gilt es, sich einer neuen Weltordnung entgegenzustellen. Es darf nicht um die Wahl zwischen ungehemmten Freihandel gegenüber Abschottung und Zollpolitik gehen. Die weltweiten Wirtschaftsverflechtungen dürfen auch nicht durch „Deals“ im Interesse einzelner Staaten geprägt sein. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert eine neue regelbasierte Handelsordnung, die aber nicht wie die alte Welthandelsorganisation (WTO) nur den Interessen von reichen Industriestaaten und großen Konzernen dient.

Für alle diese Forderungen sind derzeit politische Mehrheiten nicht abzusehen. In Deutschland nicht - und international nicht. Aber seit 50 Jahren erhebt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ihre Stimme und schreibt gegen den Mainstream an. Die Konzepte einer alternativen Wirtschaftspoli-

tik werden auch in den nächsten Jahrzehnten in den gesellschaftlichen Debatten dringend benötigt. Erfolge werden langfristig erzielt. Es darf nicht darum gehen, mehr Trump (USA) oder Milei (Argentinien) zu wagen, sondern im Gegenteil: mehr Demokratie und weniger Kapitalismus, ja weniger Kapitalmacht zu wagen.